

„...aus Gottes Haus in Gottes Welt“. Frömmigkeit und Weltgestaltung bei Friedrich von Bodelschwingh dem Jüngeren (1877–1946). Wissenschaftliche Tagung in der Kirchlichen Hochschule Bethel vom 7. bis 9. Oktober 1996, veranstaltet von der Forschungsstelle für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Bethel und den v. Bodelschwinghschen Anstalten.

Nach der Begrüßung durch den Rektor der Kirchlichen Hochschule, Prof. Dr. Andreas Lindemann, und den Vorstandsvorsitzenden der v. Bodelschwinghschen Anstalten, Pastor Friedrich Schophaus, eröffnete der Leiter der Forschungsstelle *Prof. Dr. Matthias Benad (Bethel)* mit seinem Vortrag über „Frömmigkeit, Theologie und Amtsverständnis bei Pastor Fritz v. Bodelschwingh“ die erste thematische Einheit **„Der Pastor und die Anstalten“**. Benad legte seiner biographischen Studie Zeugnisse über Bodelschwingh, etwa den Kondolenzbrief des juristischen Vizepräsidenten der westfälischen Kirche Joachim Wolf von 1946, aber auch Äußerungen von Bodelschwingh selbst zugrunde, die deutlich machten, daß die drei erwähnten Kategorien in seiner Persönlichkeit zu einer existentiellen Einheit verschmolzen.

In einem neu vollzogenen Miterleben von Leiden und Schmerz und dem Verwandeln in heilige Freude vermittelte Bodelschwingh überraschende Sehweisen der geschichtlichen Welt und der Wirklichkeit. Er vermochte nicht zu richten und zu verwerfen, aber dennoch gelang es ihm, dieser Welt nahe zu bleiben. Wesentlich für seine vom Leid geprägte *theologia crucis* waren Martin Luther und der Freund seines Vaters Adolf Schlatter. In seinen Andachten und Predigten finden sich aber auch zahlreiche Hinweise auf frühe persönliche Frömmigkeitserfahrungen. In dem Bericht, den er 1937 für seine Schwester verfaßte, wird die tiefe charakterliche Prägung deutlich, die er durch die schweren Leiderfahrungen seiner Mutter (Tod von vier Kindern, Schwermut) erfuhr, und die ihn früh zur Einfühlsamkeit zwangen.

Im Brief des Vaters an Fritz aus dem Jahr 1893 vermischen sich die elterlichen Erwartungen mit denjenigen Gottes. Walter Kähler formulierte später in diesem Sinn als Lebensgesetz Bodelschwinghs die bewußte und demütige Übernahme des väterlichen Weges, eine Christus-zentrierte Frömmigkeit und die Anpassung an die Normen des Vaters. Bodelschwingh wich den an ihn gestellten Erwartungen nicht aus; sein Bleiben in Bethel war ein Bleiben bei den Kraftquellen seiner Kindheit. In wohlwollender Distanz zur Amtskirche lag sein Schwerpunkt auf der Seelsorge, nicht auf der Kirchenpolitik.

Dr. Hans Walter Schmuhl (Bielefeld) referierte über „Fritz v. Bodelschwingh, die Ärzte und der medizinische Fortschritt“, basierend auf der Auswertung von 100 Personalakten von Ärzten zwischen 1880 und 1945. Schmuhl konstatierte, daß zwischen 1890 und 1930 eine Zeit des Umbruchs in Bethel stattgefunden habe durch Expansion, Differenzierung, Medizinalisierung und Pädagogisierung. Zu der ursprünglichen Anstalt für Epileptiker kamen nun Einrichtungen für physisch und psychisch Kranke hinzu, aus der Gemeinde wurde eine Lebens-, Arbeits- und Glaubensgemeinschaft. Die Ärzte – der erste hauptamtliche Arzt praktizierte seit 1887 – brachten als spezifisches Interesse die Erweiterung ihrer beruflichen Autonomie mit, die Vereinheitlichung des Qualifikationsniveaus sowie die Durchsetzung des ärztlichen Behandlungsmonopols. Über der Frage, inwieweit sich die ärztliche Konzeption durchsetzen sollte, kam es zum Konflikt mit den anderen Mitarbeitern, den Hauseltern, Theologen, Pfarrern. Bodelschwingh der Ältere öffnete sich allmählich dieser Medizinalisierung, und am Ende der Auseinandersetzung hatten sich die Mediziner weitgehend durchgesetzt.

Bis 1910 wurden sieben Ärzte eingestellt, 1939 wirkten in Bethel bereits 19 Ärzte. Bei der Einstellung der Mediziner wurde vor allem auf deren christlichen Hintergrund geachtet, ein Kriterium, das auch für Pastor Fritz verbindlich blieb; nach dem Ersten Weltkrieg wurde daneben verstärkt auf nationale Gesinnung Wert gelegt. Bis weit in die 20er Jahre blieb die Prägekraft des Betheler Milieus trotz grundsätzlicher Säkularisierung erhalten.

Nach 1933 nahmen allerdings die Chefärzte mehr Einfluß auf die Auswahl der Ärzte, NS-Kriterien erhielten zunehmend Gewicht, und damit waren gleichzeitig mehr Ärzte ohne christlichen Hintergrund in Bethel tätig.

Bodelschwingh der Ältere hatte eine Theologie der Krankheit entwickelt, gegen die die Psychiater protestierten; zwar hätte es auch in seinen Vorstellungen Berührungspunkte mit den Reformpsychologen gegeben, diese kamen aber praktisch nicht zum Tragen. Sein Sohn rezipierte die Reformtendenzen der Anstaltspsychiatrie, zu der auch eugenische Maßnahmen gehörten, positiv, widersetzte sich aber später eindeutig der Euthanasie.

In seinem Referat über „Fritz v. Bodelschwingh und die pädagogische Arbeit in Bethel nach dem 1. Weltkrieg“ wies *Prof. Dr. Hans-Joachim Schwager (Bielefeld)* darauf hin, daß Pädagogik für Bodelschwingh angewandte Theologie bedeutete; seit 1929 bediente er sich vermehrt der pädagogischen Sprache, was der Entgrenzung dienen sollte. So sprach er vor allem in seinen Predigten von einer „Napoleon- und einer Jesus-Linie“, wobei die erstere Technik und Wissenschaft bezeichnete, während die zweite für Lebendigkeit und Lernen stand.

Die Bedeutung der Pädagogik für die Entwicklung der Anstalt Bethel entsprach dem Vermächtnis seines Vaters und dem Grundsatz, wonach die Passivität des Leides überführt werden sollte in die Aktivität des Reich Gottes, d.h. des Lebens. Als in den in Bethel errichteten Lazaretten 30.000 Verwundete versorgt werden mußten und dafür auch Betheler Kranke eingesetzt wurden, veränderte sich Bodelschwinghs Krankenbild. Er kannte keine untere Grenze der Lernfähigkeit, er wollte hinter dem Kranksein immer auch die gesunden Elemente erkennen. Bodelschwingh kann als Pädagoge unter Bethels pädagogisch interessierten Pfarrern angesehen werden. Gerade unter dem Nationalsozialismus konnte es über Leben und Tod der Patienten entscheiden, wie die Krankenberichte abgefaßt waren.

Daß Bodelschwingh reiche Erfahrungen mit der Pädagogik machte, aber nicht mit der Medizin, ist auch dadurch belegt, daß sich in der Bethel-Zeitschrift keine medizinischen Artikel finden. Allerdings blieb sein pädagogisches Engagement in der Pädagogik außerhalb Bethels weitgehend ohne Resonanz.

„Anstaltspflege und wissenschaftlicher Fortschritt“

In diesem Themenbereich trug *Stefan Kühl (Bielefeld)* seine Thesen vor unter dem Titel „Von der Sterilisation zur „Euthanasie“. Der Betheler Eugenikdiskurs im internationalen Vergleich“. Durch den Ersten Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise hatte die Diakonie eine grundlegende Neuorientierung erfahren. Zunehmend wurde die Unterbringung der Kranken nun auch unter dem wirtschaftlichen Aspekt gesehen und der finanzielle Druck auf die Anstalten nahm zu. Wie sollte die jahrelange Pflege von Behinderten finanziert werden, wenn andererseits der Krieg gerade die Gesunden dezimierte?

Auch Bethel öffnete sich in den 20er Jahren mehr und mehr den um sich greifenden eugenischen und rassehygienischen Diskussionen, nachdem sich die Eugenik als respektable Wissenschaft etablieren konnte, und auch in anderen Ländern Eugenik-Gesetze verabschiedet wurden (etwa in Skandinavien). Bodelschwingh selbst vertrat die Auffassung, Deutschland dürfe kein großes Krankenhaus, überschwemmt von Lumpenproletariat, werden. Gegen die Eugenik-Gesetze erhob er keine christlichen Einwände, die Maßnahmen ließ er bereitwillig durchführen. Die Tötung von Geisteskranken lehnte Bodelschwingh jedoch entschieden ab.

Seit 1934 wurden in Bethel Sterilisationen durchgeführt, ohne daß bislang genaue Zahlen darüber verfügbar sind. Kühl wollte diese Tatsache dahingehend differenzieren, daß in staatlichen Einrichtungen die zwangsweisen Sterilisationen, in Bethel dagegen nur freiwillige durchgeführt wurden; der Begriff der „Freiwilligkeit“ blieb aber in der folgenden Diskussion durchaus strittig.

Hitlers Euthanasie-Erlass, der vermutlich vom Oktober 1939 datiert war, bedeutete eine Kriegserklärung nach Innen, gegen die Behinderten. Nach Auffassung Kühls ist die Ermordung der Schwachen in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch zu sehen.

Die Rassenhygieniker hatten die Euthanasie zunächst unter der Bedingung der Friedenserhaltung nach dem Ersten Weltkrieg international als notwendige Maßnahme abgelehnt; sie änderten

aber mit dem Jahr 1939 ihre Haltung. Später waren sogar ehemalige Betheler Ärzte (Carl Schneider, Werner Fillinger) an Euthanasie-Maßnahmen beteiligt.

Paul Braune, der Leiter der Lobetaler Anstalten in Brandenburg, und Friedrich von Bodelschwingh hielten dieses Vorgehen gegen die „Schwächsten“ für unchristlich, illegal und unmenschlich, während staatliche Stellen sie von der Richtigkeit der Maßnahmen zu überzeugen suchten. Die 1941/42 drohende Auflösung der Betheler Anstalt hat vermutlich eine Rolle gespielt bei Bodelschwinghs Haltung gegenüber den T 4-Maßnahmen. Nach Ausschöpfung gewisser Möglichkeiten des Protestes, etwa von Denkschriften, hielt auch er um des grundsätzlichen Erhalts der Anstalt still und tolerierte die Maßnahmen, teilweise wurde dann die Selektion geduldet.

In der Diskussion wies Benad diese These mit der Begründung zurück, in Bethel sei die Patientenbindung in ihrer typischen Bethel-Frömmigkeit viel zu stark gewesen.

Im Anschluß daran referierte *Dr. Bernd Walter (Münster)*, Leiter des Forschungsprojekts über die Anstaltsgeschichte in Westfalen, über „Zwangssterilisation und Planwirtschaft im Anstaltswesen. Die Konfrontation der v. Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel mit den rassenhygienischen Maßnahmen des NS-Regimes“. Er wies darauf hin, daß sich die Klientel in den Privatanstalten mehr aus Pflegefällen, Epileptikern, geistig Behinderten zusammensetzte, während die staatlichen Anstalten mehr im medizinischen Bereich wirkten. Die ersteren dienten also mehr der Verwahrung, die zweiten der Heilung. Die Reformierung der Psychiatrie in der Weimarer Republik wurde durch die Weltwirtschaftskrise erheblich erschwert. Nachdem der Rassegedanke innerhalb der nationalsozialistischen Weltanschauung eine zentrale Bedeutung erhielt, konnte die Eugenik endgültig zur Leitwissenschaft avancieren.

In einem gewissen Gegensatz zu Kühl vertrat Walter die Auffassung, die erbpolitische Haltung des NS-Staates sei in kirchlichen Einrichtungen nicht so leicht durchsetzbar gewesen; es gab aber das Engagement Bethels in dieser Frage sowie personelle Verquickungen mit dem Erbgesundheitsgericht in Bielefeld. Anzeigeberechtigt waren die Verwahrer der Erbkranken, die Entscheidungsfindung lag bei den Erbgesundheitsgerichten. In Westfalen gab es neun solcher Gerichte, dort waren die Anstalten häufig durch ihre eigenen Ärzte vertreten.

Walter erläuterte, daß bei der T 4-Aktion, die von Januar 1940 bis August 1941 andauerte und in deren Verlauf 70.000 Geistesranke ermordet wurden, unterschiedliche Phasen mit unterschiedlichen Tötungsraten zu beobachten sind. Daß 1940 aus Bethel jüdische Patienten ohne Protest abtransportiert wurden, es zu weiteren Selektionen aber nicht mehr kam, kann nur durch die offizielle Einstellung der Aktion – aufgrund der kirchlichen Proteste – gesehen werden, wie Kühl zuvor ausgeführt hatte. Aber auch danach wurden noch Tausende geistig behinderter Menschen umgebracht.

Prof. Dr. Joachim Kuropka (Vechta) stellte „Clemens August Graf von Galen: Biographie, Theologie und Amt als Faktoren seiner Haltung zur Euthanasie“ vor; er schilderte den Bischof von Münster, aus altem westfälischen Adel stammend, in seiner starken Bindung an Grundsätze, unabhängig von Zeitmoden, um der Freiheit der Kirche willen. Das hieß für ihn auch immer, gegen die Macht des Staates für die Gebote der Kirche zu kämpfen. Vielfach wurde angenommen, der Bischof habe sich der DNVP nahe gefühlt, er sei aber – so Kuropka – dem Zentrum verbunden gewesen.

Galen hatte schon 1934 in einer Predigt den Röhm-Putsch verurteilt. In seiner Predigt am 3. August 1941 prangerte er öffentlich, nach massiven Verlegungen von Geisteskranken aus Westfalen, die Tötung von Geisteskranken als Mord an und stellte Strafantrag. Galen hatte vermutlich auch über Kontakte zu Bethel von den Euthanasie-Maßnahmen gewußt, für ein Treffen mit Bodelschwingh finden sich allerdings keine Belege.

Fritz von Bodelschwinghs politisches Handeln

Prof. Dr. Jochen Christoph Kaiser (Marburg) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit „Fritz von Bodelschwingh als Diakoniepolitiker“. Sein Hauptwirkungsfeld im Bereich von Eugenik und Euthanasie lag auch hier in Bethel als Zentrum seines Lebens und Wirkens, wobei der Kirchenpolitiker Bodelschwingh nicht von dem Diakoniepolitiker zu trennen ist.

Das Jahr 1933 bedeutete auch für den Verbandsprotestantismus einen tiefen Einschnitt; es entstand eine ganz neuartige Spannung und Herausforderung des Agierens und Reagierens. Der Reichsführer der Inneren Mission Karl Themel und der Bevollmächtigte des Centrausschusses Horst Schirmacher wollten als „newcomer“ des Systems die Tagespolitik aus der Inneren Mission heraushalten; die Gruppe der Älteren (wie Constantin Frick und Bodelschwingh) hielten Kirche und Diakonie generell für unpolitisch, sie warteten ab und wollten verhindern, daß die Diakonie in den Kirchenkampf involviert würde. Frick sollte nach dem Rücktritt Themels 1934 das Amt des Präsidenten des Centrausschusses für die Innere Mission übernehmen.

Im Sommer und Herbst 1934 spitzte sich durch die zerstörerische Politik von Staatskommissar August Jäger die kirchliche Lage zu, die Bekennende Kirche verlangte von den Verbänden eine eindeutige Option für sie; unter maßgeblicher Mitwirkung Bodelschwinghs entstand daraufhin die Arbeitsgemeinschaft diakonischer und missionarischer Werke und Verbände. Allerdings votierte auf der Tagung in Wernigerode (1934) von 60 Teilnehmern nur einer für den Anschluß an die Bekennende Kirche.

Bodelschwingh selbst stimmte in einem Brief an den westfälischen Präses Karl Koch den Beschlüssen zum kirchlichen Notrecht der Bekenntnissynode in Berlin-Dahlem zwar prinzipiell zu, wies aber gleichzeitig auf die besondere Lage der diakonischen Verbände hin, für die nicht nur geistliche, sondern auch wirtschaftliche Gründe maßgeblich sein dürften. Er sprach sich dafür aus, die Beschlüsse von Dahlem „geistlich, nicht gesetzlich“ auszufüllen. Ihm ging es nicht um die Macht der Kirche, sondern um Rückbesinnung auf die Wurzeln der Inneren Mission, was als Entpolitisierung der Inneren Mission verstanden wurde. Bodelschwingh wollte ein neues theologisches Konzept für die Diakonie mit Hilfe des Begriffs der „dienenden Kirche“ entwickeln. Ihm war wichtig zu betonen, daß die Verbände bei der Trennung von der Reichskirche nur „reagiert“ hätten.

Bodelschwingh votierte trotz des Kampfes gegen das Neuheidentum kirchenpolitisch nicht für eine radikale Abkehr von den Gegnern, sondern vertrat einen vermittelnden Kurs. Er war kein Mann der Apparate und Institutionen, versuchte aber auf der persönlichen Ebene Einfluß zu nehmen, während er nach außen seelsorgerlich im Hintergrund blieb. Er betrieb damit eine informelle Politik, keine „Theologie der Menschenrechte“ (Nowak).

Zuletzt beleuchtete *Dr. Carsten Nicolaisen (München)* „Fritz v. Bodelschwingh als Kirchenpolitiker“, als „Nachfolger und Gestalter“, für den das diakonische Amt der Kirche die eigentliche Basis für sein kirchenpolitisches Handeln bildete. Schon mit dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde Bodelschwingh zu einer der führenden Gestalten kirchlichen Lebens, er sollte es bleiben bis zu seinem Tod 1946. Er arbeitete u. a. an der 1922 verabschiedeten preußischen Kirchenverfassung mit, er gehörte dem 30köpfigen Ausschuß an, der die „Soziale Kundgebung an das deutsche evangelische Volk“ des Deutschen Evangelischen Kirchentages vorbereitete, 1925 nahm er an der Weltkirchenkonferenz für Praktisches Christentum in Stockholm teil.

Demut, Wille zur Wahrheit und Lust am Gehorsam *sub specie aeternitatis* waren auch die Leitmotive für Bodelschwinghs kirchenpolitisches Handeln; für ihn war weniger die politische Ausgestaltung des Lebens entscheidend als vielmehr „die Frage, wieweit Christentum in einem politischen System praktiziert werden konnte“ (Hellmann). Deshalb sollte die Diakonie nach seiner Auffassung auch nicht an politische Systeme gebunden sein, sondern offen bleiben, um überall wirksam werden zu können.

Von seiner Einschätzung, für die Kirchenpolitik nicht geeignet zu sein, rückte Bodelschwingh ab, als er 1933 kurzfristig als Reichsbischof amtierte, allerdings endete diese Amtszeit mit seinem Rücktritt und damit auch mit einer „Kapitulation der evangelischen Kirche vor dem nationalsozialistischen Staat“ (Scholder).

Im Zusammenhang mit dem Beschluß der Jungreformatoren, sich nach den verlorenen Kirchenwahlen im Juli 1933 stärker auf die theologisch-kirchliche Arbeit zu konzentrieren, entstand schon im August 1933 das sog. „Betheler Bekenntnis“. Hier, wie später in der Auseinandersetzung um den Arierparagraphen, zeigte sich Bodelschwingh als mäßigender, gelegentlich auch ausweichender Pragmatiker, der in den harten kirchenpolitischen Auseinandersetzungen seinen Prinzipien treu bleiben wollte; auch als Kirchenpolitiker verstand er sich vorrangig als Seelsorger. So versuchte er nicht nur auszugleichen, sondern zu integrieren; er setzte nicht auf Öffentlichkeit, son-

dern auf seine persönlichen Verbindungen und seinen Einfluß. Zwar sah auch er in den Deutschen Christen Häretiker, war aber dennoch, wie die nicht-deutschchristlichen Bischöfe, zunächst auf Ausgleich bedacht; später stellte er sich hinter die westfälische Bekenntnisbewegung, nahm an der Bekenntnissynode der DEK in Barmen und an den Beratungen über deren Theologische Erklärung teil. Die Beschlüsse zum kirchlichen Notrecht der Bekenntnissynode von Dahlem 1934 hielt er aber kaum für geeignet, die staatlichen Stellen von der Notwendigkeit überzeugen zu können, der Bekennenden Kirche die Kirchenleitung zu übertragen. Diese Möglichkeit sah er viel eher in der Bildung der Vorläufigen Kirchenleitung I mit ihren Vertretern aus intakten und zerstörten Kirchen gegeben.

Im Sommer 1935 setzte er große Hoffnungen auf den von Hitler neu ernannten Reichskirchenminister Hanns Kerrl und wurde fortan einer seiner wichtigsten Gesprächspartner und Berater; Bodelschwingh wäre sogar zur Mitarbeit in den von Kerrl eingesetzten Kirchausschüssen bereit gewesen, sofern ihm die „Linienführung“ überlassen worden wäre. Auch nach dem Scheitern der staatlichen Ausschlußpolitik bemühte sich Bodelschwingh um eine akzeptable Neuordnung der evangelischen Kirche und setzte sich bei Kerrl für die Einsetzung einer doppelten geistlichen Leitung ein, wie sie in Westfalen praktiziert wurde. Aber auch dieser Vorschlag kam nicht zum Tragen, so daß letztlich bis 1945 das Leitungschaos in der evangelischen Kirche bestehen blieb.

Seine Teilnahme an der Kirchenversammlung in Treysa 1945, auf der die Weichen für eine erneuerte Kirche gestellt werden sollten, war Bodelschwinghs letztes Auftreten in gesamtkirchlicher Verantwortung.

Zusammenfassend beschrieb Nicolaisen Bodelschwinghs Haltung in drei Punkten:

1. Er verstand sich auch als Kirchenpolitiker immer vornehmlich als Seelsorger, er vermied die öffentliche Konfrontation und setzte stattdessen auf seine persönliche Überzeugungskraft.
2. Er verstand sein kirchenleitendes Amt als Reichsbischof und seine kirchenpolitische Verantwortung immer als „Aufseher und Diener“; unvereinbar damit war für ihn, als Repräsentant einer kirchlich-kirchenpolitischen Gruppierung aufzutreten.
3. Bodelschwinghs Kirchenbegriff war, um ihres diakonischen Auftrags willen, an dem Gedanken der Volkskirche orientiert.

In den **Workshops** der Tagung wurde über neuere Forschungen referiert und diskutiert:

Hans Jürgen Drechsler: Fritz von Bodelschwingh als diakonischer Theologe; *Ralf Pahmeier*: Die Gründung Sareptas im Vorfeld des Kulturkampfes; *Christiane Borchers*: Die Töchter der Schmelzhütte – Statistische Untersuchungen zu den Probeschwestern und Diakonissen Sareptas 1869–1996; *Kai Uwe Spanhofer*: Als Gottesfamilie in den Stürmen der Zeit – Die Bruderschaft Nazareth unter ihrem Vorsteher Paul Tegtmeier (1923–1954); *Helmut Rosemann*: Vom Mutterhaus zur diakonischen Gemeinschaft – Die Diakonenschaft in den Umbrüchen der 60er und 70er Jahre; *Friedhelm Jostmeier*: Nazareth in Lobetal: Zu den Autonomiespielräumen der Diakonie in der DDR; *Ulrich Althöfer*: Kirchen aus Bethel – Zum Wirken des Bauamtes der v. Bodelschwinghschen Anstalten unter Karl Siebold (1854–1937); *Jen-Wen Wang*: Ein Abbild des Reiches Gottes – Die Entwicklung der Ortschaft Bethel 1867–1910; *Christian Illian*: Diakonische Arbeit am Volk – Der freiwillige Arbeitsdienst Bethels 1927–1933; *Gerald Schwalbach*: Größer und moderner als Bethel! – Das Johanneswerk in Bielefeld und die Leitvorstellungen seines Gründers Karl Pawlowskis (1898–1964); *Christian Zechert*: Psychiatrische Krankenakten als Quelle der Anstaltsgeschichte.

Die Beiträge der Tagung erscheinen 1997 im Druck.

Gertraud Grünzinger